

Grüner Rundbrief

Mitgliederzeitschrift für Karlsruhe, Januar/Februar 2009



www.gruene-karlsruhe.de

Wie geht es weiter?

...fragt man sich nach dem ereignisreichen Jahr 2008.

Dominierendes Ereignis des vergangenen Jahres, und in seiner vollen Tragweite heute noch nicht einschätzbar, war das Zusammenbrechen der Finanzwirtschaft. Weitgehend ungebremst von Politik und Gesellschaft wurde mit beispiellosem Leichtsinnspekuliert, regelrecht gezoxt, betrogen und gelogen. Hier kollabierte die vielgepriesene „tragende Säule“ des kapitalistischen Systems, kaum 20 Jahre nach dem Zusammenbruch vom „realen Sozialismus“. Jetzt wird nach mehr staatlicher Lenkung und Regelungen von Politikern und, kaum zu glauben, auch von der Wirtschaft verlangt. Gestern sind noch die wenigen Hellsichtigen und Warner, die den Systemfehler kannten und den Zusammenbruch voraus sahen, als verkappte Marxisten diffamiert worden.



Obamas Wahl ist nach der verheerenden Bush-Zeit ein Labsal und Hoffnung. Nein, nicht als Heilsbringer – das wird sich weisen - sondern als Symbol und Hoffnung, dass Rassismus und Diskriminierung in der Welt allmählich ein Ende finden könnten. Obwohl, wenn ich an das Spiel nach den bewährten Regeln der Hexenjagd auf Andrea Ypsilanti denke? Frau Ypsilanti wagte es nach einem komplizierten und nicht voraussehbaren Wahlausgang, das was ihre Aufgabe war, neue noch nicht etablierte Mehrheiten zu suchen. Das behagte den Etablierten in der Politik und in den Medien gar nicht. Man(n) bewarf sie scheinheilig mit Moralischen: Ein probates Mittel der Vernichtung schon im Mittelalter.

Wir hatten 2008 auch bei uns Grünen spektakuläre Ereignisse. Einer ging tief beleidigt und keiner weinte ihm eine Träne nach. Ein Anderer – unser aller Cem – ist Spezialist für das Grandiose: Er scheiterte fast „simonisiert“ bei der LDK in Backnang, weil er sich in Bayern wähnte. Merke Cem: „Quod licet Claudi non licet Cemi“. Nur Cem: Das hättest du wissen müssen. Aber dann eine grandiose Auferstehung: Mit über 70% wird er zum Parteivorsitzenden gewählt. Für Grünen-Verhältnisse ein phänomenales Ergebnis.

Hier bei uns in Karlsruhe ist auch etwas schier Unfassbares passiert. Das kaum Vorstellbare im schwarzen Süden ist Wirklichkeit: Ein Grüner – unser Klaus Stapf – ist Bürgermeister geworden. Wir sind mit Klaus in Karlsruhe, mit Sylvia im Bundestag und mit Renate und Gisela im Landtag sowie mit einem glänzend arbeitenden Gemeinderatsteam in Karlsruhe wahrlich gut aufgestellt. Zudem habt ihr für die

Kommunalwahlen im Juni bei der MV im November spitzenmäßige KandidatInnen nominiert. Gut gemacht! Aktuelle Karlsruher Themen gibt es genug, von Kohlekraftwerk, Fleischwerk in Rheinstetten, Stadionfrage, Schule, Migranten, Armut in der Stadt, Kombilösung bis Nordtangente um nur einige zu nennen. Die Umfrageergebnisse sind uns zurzeit hold. Wenn wir alle richtig zupacken kann das super Ergebnis von 2004 im Juni sogar getoppt werden. Nach der Feier gibt es einen kurzen Urlaub und dann auf mit neuem Elan hinein in den Bundestagswahlkampf! Da wird es uns auch nicht an Themen mangeln.

Zum Schluss noch was Tolles: Am 2. Februar um 18 Uhr wird es einen

Inhalt

Protokoll der letzten Mitgliederversammlungen	2
Termine	3

Aus der Gemeinderatsfraktion

• Neue Anträge und Anfragen	4
• Bericht Gemeinderatssitzung	6
• Interview mit Gemeinderätin Sabine Just-Höpfinger	7

Aus der Landtagsfraktion

• Konjunkturprogramm, Haushaltsberatungen, Fraktionsklausur	9
• Bildungspolitischer Rückblick	9
• U-Strab: Fass ohne Boden	10
• Gäste aus Brasilien zu Besuch	11
• Weitere Initiativen und Pressemitteilungen	11

Aus der Bundestagsfraktion

• Asse II	12
◦ Einsturzgefährdete Kammer	12
◦ Gesetzesentwurf legalisiert Rechtsbrüche	12
◦ Gründe initiieren Antrag auf Untersuchungsausschuss	13
• Kombilösung: Wirtschaftlichkeit fraglich	13
• EU-Feinstaubgrenzwerte, Umweltgesetzbuch, Chemikalienverordnung REACH	14
• CDU-Parteitag: Atom- und Industrielobbyismus bleibt schwarz	15
• Besucherfahrt nach Berlin	15
Grüne Kontakte	16

Neujahrsempfang der Grünen im Tollhaus geben mit Gesine Schwan als Ehrengast! Näheres in Eurer Mailbox oder Briefkasten. Kommt in Scharen und vergesst es nicht, Euch anzumelden!

Bis dann,

Protokoll der Mitgliederversammlung am 10.12.2008

Ort: Kleiner Kletterer, Karlsruhe

Leitung: Istvan Pinter

Protokoll: Tanja Kluth

22 Anwesende, davon 20 Mitglieder

Die Wahlkampfkommission soll aus Mitgliedern des Vorstands, der Fraktion, Basismitgliedern und Sympathisant(innen) bestehen, Arbeitsbeginn Mitte Januar.

Sie trifft sich während des Wahlkampf ca. alle 14 Tage.

AGs für die Erarbeitung des Wahlprogramms

Es gibt 9 AGs; Arbeitsbeginn: ab sofort

Vorschlag Alexander Geiger: Themenfeld „Interkommunale Zusammenarbeit“. Soll es eine eigene AG sein? Tim Wirth schlägt vor, es bei „Wirtschaft“ einzuordnen; Alex: Würde eher zu „Umwelt“ passen, weil das Problem dort öfters auftritt.

Arbeitsschritte für das Wahlprogramm: 1. Entwurf; 2. Diskussion; 3. Beschluss; Druck sollte bis März fertig sein.

Wahl der Delegierten für die BDK

Themen: Europawahlprogramm der Grünen und Wahl der Kandidaten.

Vorraussetzung für die Wahlfähigkeit: älter als 18, seit mindestens 3 Monaten EU Bürger. Es gibt 3 Plätze: 1 offener und 2 Frauenplätze: Uta van Hoffs und Tanja Kluth per Akklamation gewählt, Ersatzkandidatin: Sylvia Kotting-Uhl, per Akklamation. Offener

Platz: Alexander Geier, per Akklamation.

Finanzanträge

WEB 2.0 Plattform: Betreuer ab März für 400 € im Monat (plus Steuern) für 4 Monate (462€ x 4 = 1848 €) Erst für die Kommunalwahl, dann Bundestagswahl. Verknüpfungen mit Youtube, Blog, Facebook usw. 20€/h dafür: einstimmig

Neujahrsempfang mit Gesine Schwan (Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin der SPD) am 2.2.2009: 2500 € als Kostenvorschlag: Saalmiete, Musik, 1 Sekt/O-Saft pro Person zum Empfang (KV bittet um Spenden von Mitgliedern und Unternehmen (Geld, Essen usw.), 15 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen

Antrag an die LDK für nächsten Herbst

2 neue Kandidat(innen) für die Landesliste auf die Ersten 8 Plätze (für Bundestags Kandidatenliste für die nächste Bundestagswahl 2011) 11 ja; 7 nein; 3 Enthaltungen

Bericht aus Berlin von Sylvia Kotting-Uhl

Besuch: Vattenfall Kohlekraftwerk (schwarze Pumpe) 1000g CO₂ pro 1kWh, Vattenfall beantragte Forschungskraftwerk für CCS welches aber nicht genehmigt wurde weil zu klein. Eine Forschungsanlage ist schon im Einsatz aber viele Fragen sind noch offen, vor allem: Wohin mit dem CO₂; Prognose von Vattenfall: 2020 ist CCS flächendeckend

einsetzbar. Diese Prognose ist aber nach Sylvias Einschätzung vollkommen hinfällig; Außerdem werden vorhandene und jetzt geplante Anlagen nicht nachgerüstet!

Besuch: Delegationsreise in Indien zwecks Austausch und Gesprächen über Umwelttechnologien. Sehr interessiert ist man dort an Technologien für Erneuerbare Energien. Das Angebot von Gabriel, Müllverbrennung als Energiegewinnung zu nutzen stößt auf gutes Interesse. Sein 2. Angebot „CCS“ fand keine Interessenten wegen mangelnden Lagerungsmöglichkeiten, Infrastruktur (für Transport von CO₂) und weil es zu teuer ist. Man hat keine Lust Versuchskaninchen für Europa zu spielen.

Neuigkeiten in Sachen Klimaschutz:

- Wirtschaftskrise gibt Anlass zum Einschränken von Klimaschutzmaßnahmen.

- Kloos Haltung „Wirtschaft vor Umwelt“ hat sich durchgesetzt.

Mobilfunk: Sylvias Vorschlag (extrem umstritten auch bei den Grünen) ist es, Elektrosensiblen Menschen (etwa 30% der Bevölkerung?) Rechnung zu tragen: Die allgemeine Indoor-Versorgung also die allgemeine Intensität der Strahlung runterfahren; Jeder, wer zu Hause mit dem Handy telefonieren will, kann für wenig Geld Antennen anschaffen. Dies ist billiger als sich einen Faradeischen Käfig ins/ums Haus zu bauen. Minderheitenschutz war immer ein wichtiger Punkt bei den Grünen!

Protokoll der Mitgliederversammlung am 14.01.2009

Ort: Kleiner Ketterer, Karlsruhe

Sitzungsleitung: Tanja Kluth

Protokoll: Istvan Pinter

Berichte aus den Ortschaftsräten

Klaus Junker und Karl Berger haben aus der Arbeit der Grünen in den Ortschaftsräten Neureut bzw. Grötzingen berichtet.

In Grötzingen hat die dortige GLG (Grüne-Liste-Grötzingen) mit 3 Vertretern im Ortschaftsrat Fraktionsstärke, in Neureut vertritt Klaus Junker allein die Grünen.

Übereinstimmend wird berichtet, dass in den Ortschaftsräten in der Regel ein kooperativer Stil in der Zusammenarbeit der Fraktionen vorherrscht. Die Erfahrungen zeigen, dass bei einstimmig gefassten Beschlüssen die Durchsetzung der Anliegen der Ortschaftsräte erfolgreicher ist. Zudem geht es in der Regel um die Lösung praktischer Vorortprobleme und nur selten um „große Politik“.

Neureut verfügt über eine hervorragende Infrastruktur und ist damit ziemlich autark. Mittel stehen seit

einigen Jahren, wie auch bei den anderen Ortschaftsräten, mit 16 € je Einwohner und Jahr zur Verfügung.

Aktuelles Hauptprojekt ist die Konversion des ehemaligen US-Militärgeländes, das gute Fortschritte macht. Die Großprojekte in der Stadt: Nordtangente, StoraEnzo und EnBW-Kohlekraftwerk, werden in Neureut von allen Fraktionen abgelehnt und durch Demos bzw. Resolutionen kundgetan.

In Grötzingen konnte durch die Initiative der GLG einiges bewegt und erreicht werden. So beispielsweise Tempo 30 im Ortsverkehr, Einrichtung

eines Jugendtreffs, Verhinderung eines überflüssigen Neubaugebietes und Errichtung einer Gedenktafel für die NS-Opfer der ehemaligen jüdischen Gemeinde.

An die Ausführungen schloss sich eine lebhafte Frage/Antwort-Runde an. Die allgemeine Ansicht in der MV war, wie von den Grünen schon länger verlangt, dass in den alten Karlsruher Stadtteilen ähnliche Konstrukte wie in den neuen Stadtteilen die Ortschaftsräte erforderlich sind, zur Stärkung der Bürgermitsprache, zur Schaffung von Transparenz und zur Nutzbarmachung von Vorortkenntnissen.

Neujahresempfang der Grünen

Über den Stand der Vorbereitungen berichtete Geschäftsführerin Ursula Häffner. Einladungen sind weitgehend verschickt, Organisatorisches geregelt, die Durchführung im Gange. Die Anregung der MV zur Erleichterung der Kommunikation Namensschilder für geladene Gäste zu erstellen und anzubieten, wird von den Organisatoren begrüßt.

WEB 2.0

Christian Burger, früheres Vorstandsmitglied, derzeit in Tübingen, hat für die Erstellung der WEB 2.0 ein Angebot abgegeben, das dem von MV im Dezember genehmigten Kostenrahmen einhält. Christian hat hervorragende DV-Kenntnisse und hat schon eine WEB 2.0 Plattform für die

Grüne-Jugend auf Landesebene erstellt. Er besitzt zudem aus seiner früheren Tätigkeit in Karlsruhe ausgezeichnete Kenntnisse der hiesigen Infrastruktur. Die MV beauftragte mit 14 pro Stimmen bei 2 Enthaltungen den Vorstand, mit Christian zügig Gespräche zur Klärung von Details aufzunehmen und einen Werkvertrag abzuschließen.

Aktuelle politische Debatte

Die Debatte wurde aus Zeitgründen vertagt, mit der Bitte an den Vorstand die Themen Lärmaktionsplan, Lichtplan und Lichtverschmutzung demnächst auf die Tagesordnung der MV zu setzen mit kompetenten Referenten.

Klimaschutz in der Kommune.

Eine Veranstaltung der Grünen Landtagsfraktion

31.1.2009, 10:30 Uhr im Haus des Landtags

Eine Anmeldung bei Gisela Splett oder Renate Rastätter ist erforderlich.

Der Kreisverband Karlsruhe und Sylvia Kotting-Uhl, MdB laden ein zum

GRÜNEN Neujahrsempfang

mit Gesine Schwan und Sylvia Kotting-Uhl

am 2.2.2009, 18:00 Uhr im Tollhaus, Schlachthausstraße 1, Karlsruhe

Anmeldungen bitte ans Grüne Büro.

Der Grüne Landesverband veranstaltet ein

Seminar für WahlkämpferInnen

am 7.2.2009, 10:30 Uhr, TurmForum Hauptbahnhof Stuttgart

Mitgliederversammlung am Mittwoch, 11. Februar

im „Kleinen Kletterer“, Adlerstraße 34, 20 Uhr

Tagesordnung:

- Bericht der Wahlkampfkommission
- Wahl der KassenprüferInnen

Wahlkampfauftakt

Freitag, 13.3.2009 um 19:00 Uhr

im Restaurant Akropolis, Baumeisterstraße 18

Treffen der Wahlkampfkommission und Arbeitsgruppen zur Kommunalwahl

21.1.2009	19:00 Uhr bei Johannes	AG Stadtentwicklung
22.1.2009	19:30 Uhr im Grünen Büro	AG Demokratie
27.1.2009*	20:00 Uhr im Grünen Büro	AG Wirtschaft und Finanzen
28.1.2009	20:00 Uhr im Grünen Büro	Erste Sitzung der Wahlkampfkommission
29.1.2009	20:00 Uhr im Grünen Büro	AG Schule
30.1.2009*	18:00 Uhr im Grünen Büro	AG Energie und Klimaschutz

* vorläufige Termine. Die AG-Termine werden regelmäßig auf der Webseite aktualisiert und können unter www.gruene-karlsruhe.de/termine.html nachgesehen werden.

März-MV

Mittwoch, 11.3.09, 20.00 Uhr im "Kleinen Kletterer"

Auf der Tagesordnung steht voraussichtlich der Beschluss des Kommunalwahlprogramms.

AUS DER KARLSRUHER GEMEINDERATSFRAKTION

Auf unserer Fraktions-Website findet sich eine Übersicht aller Anträge, die von den GRÜNEN an den Gemeinderat gestellt wurden mit der Information, wie sie verabschiedet wurden: www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion/Antraege/grabstim04.htm.

Neue Anträge und Anfragen für den Gemeinderat

In den letzten Wochen haben wir folgende Anträge und Anfragen gestellt:

13. Januar 2009

[Neue Schule Südost – Modellschule muss räumlich möglich bleiben](#)

Der Gemeinderat hat auf einen GRÜNEN Antrag entschieden, dass die neue Schule in der Südost-Ost so zu planen ist, dass eine Modellschule räumlich möglich sein kann. Unter Berücksichtigung der neuen Überlegungen des Kultusministeriums, in Zukunft möglichst nur noch zweizügige Schulen zu bilden, sollte deshalb vorsorglich planerisch die Möglichkeit geschaffen werden, auch eine Zweizügigkeit in der Sekundarstufe I realisieren zu können.

Außerdem ist es dringend notwendig, den Planern kompetente pädagogische Beratung zur Seite zu stellen.

13. Januar 2009

[Städtische Fahrzeuge in der Umweltzone](#)

Seit 1. Januar 2009 ist in Karlsruhe die Umweltzone in Kraft, die nur noch von Fahrzeugen mit Plakette befahren

werden darf. Diese Maßnahme ist vom Gesetzgeber vor dem Hintergrund anhaltender und zu erwartender Grenzwertüberschreitungen der Luftreinhaltewerte vorgeschrieben.

„Uns interessiert, wie viele Fahrzeuge im Besitz der Stadt und ihrer Gesellschaften jeweils eine grüne, gelbe und rote Plakette erhalten haben und wie viele städtische Fahrzeuge die Umweltzone überhaupt nicht oder nur mit Ausnahmegenehmigung befahren dürfen“, so Fraktionssprecherin Bettina Lisbach. „Schließlich muss die Stadt das, was von Bürgerinnen und Bürgern verlangt wird, auch selbst umsetzen.“ Außerdem fällt es schwer, einzusehen, dass einerseits Bürgerinnen und Bürgern Einschränkungen zugemutet werden, sich aber andererseits neue Großmüllentente wie die EnBW mit ihrem Kohlkraftwerk und StoraEnso mit seinem Müll-ofen in Karlsruhe ansiedeln dürfen. Auch die Industrie muss ihren Beitrag zur Luftreinhaltung leisten!

17. Dezember 2008

[Zeitnahe Realisierung einer Südumfahrung Hagsfeld](#)

Nach der Eröffnung des Autobahnan-schlusses Karlsruhe Nord hat sich die Verkehrssituation in Hagsfeld weiter zugespitzt. Den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort wurde mit einer im Endausbau vierspurigen Nord-tangente Ost rasche Entlastung zugesichert. Ein leeres Versprechen, wie sich nun zeigt, denn die Weiterführung der Nordtangente Ost alter Planung wird auf absehbare Zeit nicht vom Bund finanziert.

Der Gemeinderat soll daher die Stadtverwaltung beauftragen, die Herausnahme des Ostteils der Nordtangente aus dem Bundesverkehrswegeplan zu beantragen, damit mit einem neuen Bebauungsplan in städtischer Regie eine „Südumfahrung Hagsfeld“ als zweistreifige Gemeindestraße zwischen Elfmorgenbruch und Haid-und-Neu-Straße verwirklicht werden kann.

Auch der Gemeinderatsbeschluss von 1982 zum Mittelteil der Nordtangente als Hängebauchlösung hat sich überlebt, nachdem eine durchgehende Ost-West-Verbindung mitsamt zweiter Rheinbrücke auf Karlsruher Gemarkung vom Gemeinderat mittlerweile mehrheitlich abgelehnt wird.

16. Dezember 2008

[Schule auf dem Bauernhof](#)

Das Wissen um eine natur- und tierschutzgerechte Produktion von Lebensmitteln trägt wesentlich zu umwelt- und gesundheitsförderndem Verhalten bei. Es ist damit elementarer Bestandteil einer umfassenden Umwelterziehung. Aus diesem Grund setzt sich die GRÜNE Fraktion seit Langem für die Verwirklichung eines städtischen Schul- bzw. Lernbauernhofes ein, denn es ist wichtig, dass auch Kinder, die in der Stadt aufwachsen, erfahren, wie Lebensmittel natur- und tierschutzgerecht produziert und vermarktet werden.

9. Dezember 2008

[Ausbildungsplätze bei der Stadt Karlsruhe](#)

Die Stadt Karlsruhe engagiert sich in vielfältiger Weise im Bereich Berufsvorbereitung und Ausbildung. In Anbetracht der großen Anzahl von Schulabgängern, die in den nächsten Jahren weiterhin auf den Ausbildungsmarkt drängen, ist es notwendig, die Ausbildungsbereitschaft in allen Zweigen der Wirtschaft und der Verwaltung weiter auszubauen und Vollausbildungsplätze anzubieten. Eine abgeschlossene Ausbildung ist in Deutschland mindestens so wichtig wie eine abgeschlossene Schulausbildung.

„Gerade im Kernbereich der Stadtverwaltung liegen wir mit unserer Ausbildungsquote unter dem baden-württembergischen Durchschnitt“, stellt der sozialpolitische Sprecher der Fraktion Michael Borner fest. Wie prekär die Lage ist, zeigt die Bewerberzahl von 2491 Personen bei der Stadtverwaltung Karlsruhe auf 47 neue Ausbildungsstellen im Jahr 2005.

Die Stadt gehört zusammen mit den städtischen Gesellschaften zu den größten Arbeitgebern in Karlsruhe. Daher fordern wir, dass die Ausbildungsbemühungen in allen städtischen Bereichen verstärkt werden. „Natürlich erhoffen wir uns damit auch eine Signalwirkung für die Karlsruher Wirtschaft“, erläutert Ute Schulze-Harzer. „Im neuen Jahr dürfen weder die Verwaltung noch die Betriebe ihre Ausbildungsquote ausschließlich von wirtschaftlichen Erwägungen abhängig machen, sondern müssen bewusst über Bedarf ausbilden.“

3. Dezember 2008

[Belegungssituation der Gewerbegebiete „Storrenacker“ und „Breit“](#)

Die aufgeführten Gewerbegebiete haben seinerzeit mit großem finanziellen Aufwand – auch seitens der Stadt – einen direkten Autobahnanschluss erhalten. Eine Besichtigung des Gewerbegebietes „Storrenacker“ zeigt jedoch, dass derzeit viele Leerstände zu verzeichnen sind. In großem Umfang werden aktuell Gewerbeflächen zur Vermietung und zum Verkauf angeboten.

Dies stellt zum einen die Sinnhaftigkeit der durchgeführten Straßenbaumaßnahme in Frage, zum anderen machen die Leerstände die Bedeutung eines Gewerbeflächenmanagements deutlich, das einen besonderen Schwerpunkt auf die Innenentwicklung setzt. Bevor neue Gewerbegebiete ausgewiesen werden, müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die bestehenden Gewerbeflächen optimal und intensiv zu nutzen.

26. November 2008

[Angebote für den Übergang Schule-Berufsleben](#)

Der Übergang von der Schule ins Berufsleben ist auch in Karlsruhe in den letzten Jahren in den Fokus kommunaler Aufmerksamkeit getreten und in der Folge mit unterschiedlichen Unterstützungsangeboten schon während der Schulzeit ergänzt worden. Viele Akteure bemühen sich um die Jugendlichen, insbesondere in den Hauptschulen; so z.B. Jugendberufshelfer, Kammern, Paten, Berufsberater, Betriebe, Innungen usw. Derartige zusätzliche Angebote müssen jedoch in Einklang mit dem Bildungsauftrag der Schule stehen. Das mittlerweile vielfältige Angebot droht, unübersichtlich zu werden.

Daher fragen wir nach einer Gesamtübersicht dieses Angebotes und danach, welche Mindeststandards diese erfüllen müssen und wo sie koordiniert und evaluiert werden.

Eine eindeutige Fokussierung auf diejenigen Fähigkeiten der Schüler, die betrieblich verwertbar sind, ist ein Widerspruch zum gesellschaftlichen Ziel einer ganzheitlichen Bildung.

20. November 2008

[Interfraktioneller Antrag mit SPD und KAL: Finanzierung eines Klimaschutzfonds](#)

Karlsruhe braucht ein durchgängiges Klimaschutzkonzept. Die Stadtverwaltung sollte als Vorbild für andere Akteure (Private, Unternehmen, Vereine, sonstige Einrichtungen) vorangehen.

Die Bausteine eines solchen Klimaschutzkonzepts, wie es derzeit im AK Klimaschutzkonzept unter breiter Beteiligung diskutiert wird, können – dies zeigen auch die Erfahrungen aus anderen Städten – oft nicht ohne zusätzliche städtische Mittel umgesetzt werden.

Daher soll die Stadtverwaltung beauftragt werden, im Umwelt- und Hauptausschuss Finanzierungsmodelle für einen solchen Klimaschutzfonds der Stadt Karlsruhe vorzustellen, damit dieser gegebenenfalls noch bei der Beratung des Doppelhaushalts 2009/2010 berücksichtigt werden kann.

Pressemitteilungen gab es außer zu unseren aktuellen Anfragen und Anträgen noch zu folgenden aktuellen Themen:

2. Januar 2009

[GRÜNE: Reptilienworld – Keine Welt für Tiere](#)

Anfang des Jahres gastierte in Karlsruhe eine mobile Tierschau mit über 200 lebenden Reptilien und Amphibien aus aller Welt. „Eine solche Wanderausstellung ist unter Aspekten des Tier- und Artenschutzes kritisch zu sehen“, so unser tierschutzpolitischer Sprecher Michael Borner. Es sei davon auszugehen, dass bei einer Wanderausstellung exotische Tiere nicht artgemäß gehalten werden können.

Kritisch sieht die Fraktion auch die Auftritte von Zirkusbetrieben mit Wildtieren, wie erst vor wenigen Wochen beim Gastspiel des „African Big Circus“ in Neureut, der mit dem Auftritt von Elefanten und Dromedaren warb. Die [GRÜNE Gemeinderatsfraktion spricht sich dafür aus](#), dass in Karlsruhe strenge tierschutzrechtliche Maßstäbe angelegt werden, wenn für derartige Veranstaltungen öffentliche Fläche zur Verfügung gestellt wird.

17. Dezember 2008

[Keine Entwarnung bei Kosten für Kombilösung](#)

Nach Veröffentlichung der neuesten Kostenschätzung für die Kombi-Lösung sehen wir keinen Anlass zur Eu-

phorie. Ganz im Gegenteil: Vor allem die auf die Stadt zukommenden Kosten haben sich nach dieser Schätzung stark erhöht, und zwar auf mittlerweile 173 Mio €.

„Gegenüber 2004, wo noch von einem städtischen Eigenanteil von 101 Millionen ausgegangen wurde, ist das bereits eine Kostensteigerung um über 70 % für die Stadt Karlsruhe. Nach unseren Erfahrungen mit Großprojekten in Karlsruhe wird es dabei nicht bleiben“, sind Fraktionssprecherin Bettina Lisbach und der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion Tim Wirth überzeugt.

Viele Risiken bleiben offen. Fest steht derzeit nur, dass es kräftige Kostensteigerungen zu Lasten der Stadt Karlsruhe geben wird, deren Finanzierung die Entwicklung des ÖPNV in Karlsruhe auf lange Sicht lähmen wird. Dringend notwendige Erweiterungsprojekte wie etwa die Straßenbahn nach Kirchfeld-Nord oder durch die Pulverhausstraße werden damit immer unwahrscheinlicher – vom barrierefreien Ausbau aller Haltestellen ganz zu schweigen.

4. Dezember 2008

[GRÜNE fordern: Hauptschulentwicklung langfristig planen](#)

„Jahrelang wird vom Kultusministerium nur mit hilflosen Reparaturen am kranken Schulsystem herumgedoktert“, sagt Anne Segor, schulpolitische Sprecherin der GRÜNEN Fraktion im Karlsruher Gemeinderat, „und plötzlich glaubt man, mit dem neuen Etikett ‚Werkrealschule‘ für die Hauptschulen den notwendigen strukturellen Entwicklungen ausweichen zu können.“

Nach unserer Ansicht muss endlich eine Gemeinschaftsschule – zunächst als Modell – erprobt werden,

in der alle Kinder von Klasse 1 bis 10 gemeinsam unterrichtet werden und intensive individuelle Förderung erhalten. Nur dieser Weg bietet allen Kindern eine Alternative zur gegenwärtigen frühen Aufsplitterung. Das momentan stattfindende Verwirrspiel ist nicht nur für die Uhland- und die Nebeniusschule eine Zumutung, sondern Kinder, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer aller 26 Karlsruher Hauptschulen werden verunsichert!

4. Dezember 2008

[GRÜNE zur Heroinbehandlung: Neue Gesetzesinitiative weckt Hoffnung auf Vernunft](#)

Die GRÜNE Bundestagsabgeordnete Sylvia Kotting-Uhl und unsere Gemeinderatsfraktion sind erfreut darüber, dass aus den Reihen der SPD im Dezember nun erneut der Entwurf eines Gruppenantrags zur Heroinbehandlung vorgelegt wurde. Der bereits im Jahr 2007 zusammen mit den GRÜNEN gestellte Gruppenantrag fiel damals der Blockadehaltung der Bundesregierung zum Opfer.

Die heroingestützte Behandlung kann bei einem Erfolg dieses Gruppenantrags endlich vom befristeten Modellprojekt zur gesetzlich geregelten Behandlungsform werden und damit auch in Karlsruhe auf finanziell gesicherter Basis durchgeführt werden. Verunsichert durch diverse Meldungen können die Heroinabhängigen, die im Projekt behandelt werden, nun wieder die Hoffnung haben, dass ihre Behandlung langfristig gesichert werden kann.

„Wir hoffen nun, dass der erneut eingebrachte Gesetzentwurf durch die Mehrheit der Abgeordneten von GRÜNEN, SPD, FDP und Linken erfolgreich beschlossen wird“, so die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion, Dorothea Polle-Holl.

27. November 2008

[GRÜNE wollen Landesförderung für Grünprojekt zum Stadtjubiläum](#)

In einem Brief an Oberbürgermeister Fenrich setzt sich die Gemeinderatsfraktion für die Bewerbung Karlsruhes um ein Grünprojekt im Rahmen des Programms ‚Natur in Stadt und Land‘ ein. Damit könnten Landesmittel akquiriert werden, um die Planungen für eine bessere Durchgrünung Karlsruhes bis zum Stadtjubiläum 2015 zügig voranzubringen.

„Als GRÜNE Fraktion liegen uns dabei der naturnahe Landschaftspark am Rhein, der Ostauerpark sowie die durchgängige Grünverbindung vom Turmberg bis zum Rhein besonders am Herzen“, so die Fraktionssprecherinnen Bettina Lisbach und Anne Segor. „Auch eine stärkere Begrünung der Innenstadt ist uns sehr wichtig, um das Stadtklima besonders in Hitzeperioden nachhaltig zu verbessern.“

25. November 2008

[Migrationsbeirat: GRÜNE wollen an Urwahl festhalten](#)

Die Gemeinderatsfraktion unterstützt das Anliegen der ausländischen Mitglieder des Ausländerbeirats, an einer direkten Wahl zum zukünftigen Beirat für Migration festzuhalten.

Erst vor wenigen Monaten wurden im Gemeinderat einstimmig die Karlsruher Leitlinien zur Integration verabschiedet, die eine Stärkung der demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten von Karlsruherinnen und Karlsruhern ohne deutschen Pass zum Ziel haben.

Anstatt die Wahlen für den Ausländerbeirat abzuschaffen, muss alles getan werden, um die Wahlbeteiligung gegenüber der letzten Wahl deutlich anzuheben.

Bericht aus der Sitzung des Gemeinderates am 16. Dezember 2009

In dieser Sitzung wurde mit der Karlsruher Energie- und Klimaagentur KEKA ein langjähriges GRÜNES Projekt zur Gründung gebracht, das [seit Herbst 2006](#) von der Fraktion betrieben wurde.

In Kooperation von Umweltdezernat und Stadtwerken soll die Einrichtung im Lauf des kommenden Jahres ihren Betrieb aufnehmen und ergänzend

zur Kundenberatung der Stadtwerke vor allem Multiplikatoren beraten und neue Netzwerke aufbauen, um zu erreichen, dass klimaschädigende Emissionen verringert und damit die Umwelt- und das Klima geschützt werden.

Ein weiterer GRÜNER Erfolg ist es, dass [unsere Initiative zur städtischen Förderung von Bauvorhaben der](#)

[Sportvereine](#) aus dem Frühjahr 2008, nach Beratung im Sportausschuss nun verwirklicht wurde und die Höhe dieser Zuschüsse nun auch davon abhängt, wie hoch der Anteil der jugendlichen Vereinsmitglieder ist: Anstatt wie bisher pauschal 35 % Zuschuss erhalten Vereine mit sehr geringem Anteil von Kindern und Jugendlichen nun nur noch 25 % und diejenigen, die mehr als 35 % Mitglie-

der unter 18 Jahren haben, eine Unterstützung in Höhe von 40 % ihrer Investitionen für Neubauten von der Stadt.

Unserem Antrag, die [Karlsruher Hauptschulentwicklung bereits jetzt langfristig zu planen](#) wurde leider nicht in dem von uns geforderten Sinn unterstützt.

Wir schlugen vor, konkrete Planungen mit allen am Schulleben Beteiligten für Schulzentren zu entwickeln, in denen Haupt- und Realschulen evtl. auch mit Grundschulen zusammengefasst werden. Hierbei sollte auch geprüft werden, wo zusätzlich Kooperationen mit Gymnasien sinnvoll erscheinen. Außerdem wollten wir, dass qualifizierte Ganztagsangebote und auf die speziellen Bedürfnisse der jeweiligen Stadtteile zugeschnittene Angebote entwickelt werden, um lebendige Schul- und Stadtteilzentren aufzubauen.

Bereits im Juli 2005 hatte die Fraktion einen [Schulentwicklungsplan](#) gefordert, der damals zugesagt, aber bis heute nicht vorgelegt wurde.

Die Mehrheit des Gemeinderates folgte in der Sitzung nach lebhafter Diskussion leider der Antwort der Verwaltung und will zunächst die Ergebnisse des auf fünf Jahre angelegten Schulversuch „Aufhebung der Hauptschulbezirke“ abwarten – und damit weitere drei kostbare Jahre ver-

lieren. Inzwischen war von der Verwaltung allerdings eine Arbeitsgruppe „Zukunft der Hauptschule“ eingerichtet worden und somit wenigstens ein Teil unseres Antrags umgesetzt. Wir hoffen, dass in der Zwischenzeit die AG „Zukunft der Hauptschulen“ in dem von uns vorgeschlagenen Sinne tragfähige Lösungen erarbeitet.

Mit unserem Antrag, die [neue Energieeinsparverordnung \(EnEV\) optimal umzusetzen](#), wollten wir erreichen, dass eine Unterschreitung der EnEV 2007 um 40 % im Wohnungsbau und um 50 % im Nichtwohnungsbau bei städtischen Gebäuden bei der Bebauung von städtischen Grundstücken zur Pflicht wird. Dies ist wirtschaftlich machbar und ohne besondere Einschränkung der technischen Ausstattung erreichbar – und führt sehr schnell zu Heizkostensparnis und Klimavorteilen.

Die Verwaltung will diese Zielwerte, die durch das Fraunhofer Institut für Bauphysik bestätigt wurden, jedoch nicht übernehmen, sondern in einer Arbeitsgruppe eigene energetische Zielsetzungen erarbeiten.

Der Gemeinderat stimmte diesem Vorschlag zu – und nun bleibt zu beobachten, wann diese Arbeitsgruppe ihre Ergebnisse vorlegt. Im Fraktionsbüro ist dazu eine Wiedervorlage eingerichtet.

Unser Antrag, die Karlsruher Schulen für eine Beteiligung an der [Kampagne "Dein Tag für Afrika"](#) zu gewinnen wurde von der Verwaltung nur sehr eingeschränkt unterstützt.

Es geht darum, dass am 23. Juni 2009 – dem bundesweiten Aktionstag von „Dein Tag für Afrika“ – Schülerinnen und Schüler in Unternehmen arbeiten oder durch Hilfsdienste im Freundes- und Bekanntenkreis oder Aktionen wie Kuchenverkäufe oder Flohmärkte und das hierbei erlöste Geld dem . Bildungsprojekt „Human Help Network“ in Angola, Burundi, Ruanda, Sudan und Südafrika zukommen lassen.

Da es mittlerweile mehrere ähnliche Aktionen gibt, an denen sich ebenfalls etliche Schulen beteiligen, muss die Entscheidung, sich wo und wie zu beteiligen, in den einzelnen Schulen fallen. Die Stadt wird jedoch – ähnlich wie für „Mitmachen Ehrensache“ – zukünftig auch über „Dein Tag für Afrika“ informieren.

Alle unsere Anträge, Anfragen und Pressemitteilungen – auch die im Text nicht explizit erwähnten – (plus Stellungnahmen der Stadtverwaltung, sobald sie vorliegen) sind im Wortlaut unter www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion zu finden bzw. können im Fraktionsbüro angefragt werden.

Interview mit Sabine Just-Höpfinger

Im letzten Interview mit den Mitgliedern unserer Gemeinderatsfraktion wird Sabine Just-Höpfinger vorgestellt, die im Frühsommer 2008 für Klaus Stapf nachrückte, als dieser Bürgermeister wurde. Sabine hat viele von Klaus' Themen übernommen ist zuständig für Arbeit und Wirtschaft sowie Finanzen.

Sabine, Du warst vor einigen Jahren bereits Gemeinderätin. Wie hat sich aus Deiner Sicht seither die Arbeit in Fraktion, Ausschüssen und in der Verwaltung / im Gemeinderat verändert?

Auch damals, vor 10 Jahren, waren wir zu acht in der Fraktion und hatten mit Mo Storck eine ebenso kompetente und engagierte Fraktionschefin wie jetzt mit Bettina Lisbach. Das inzwischen existierende Ratsinformationssystem hilft mir bei der Einarbeitung. Es war nicht so einfach, für

nur ein Jahr in eine bestehende Fraktion hineinzuwachsen, in der natürlich ein riesiger Wissens- und Erfahrungsvorsprung bestand und die Zuständigkeiten bereits verteilt waren. Aber alle haben mich sehr unterstützt und inzwischen kann ich mich mit eigenen Anträgen und Anfragen auch schon aktiv einbringen.

Die größte Veränderung in der gemeinderätlichen Arbeit bedeutet das enorme Anwachsen der städtischen Gesellschaften. Dadurch werden viele Themen überhaupt nicht mehr in der Öffentlichkeit behandelt, wie z.B. Straßenbahntarife oder Gaspreiserhöhungen. Auch die U-Strab wird ja weitgehend im stillen Kämmerlein des Aufsichtsrats der KASIG geplant. Im Gemeinderat verblüfft mich am meisten die FDP. Noch nicht einmal die Finanzkrise konnte sie dazu bewegen, über ihr immer und überall vorge-

tragenes stereotypes Patentrezept von Privatisierung und freier Marktwirtschaft auch nur nachzudenken.

In den letzten Jahren warst Du sehr engagiert im Protest gegen die neuen Kraftwerke auf Karlsruher Gebiet. Wie gehst Du mit dem Scheitern dieser Proteste um?

Das macht mich sehr unglücklich, denn ein Kohlekraftwerk hat eine Lebensdauer von bis zu 50 Jahren und ist für den Klimaschutz wirklich eine Katastrophe. Wenn wir im Gemeinderat über Klimaschutzprojekte sprechen, muss ich immer sehr aufpassen, dass ich diese Diskussionen ernst nehme, denn gemessen am CO₂-Ausstoß des Kohlekraftwerks sind alle möglichen Einsparungen, die im Gemeinderat diskutiert werden nur „peanuts“.

Aber ich habe einen Traum: Durch billiger werdende alternative Energiequellen, konsequente Energieeinsparung und immens teure Emissionszertifikate wird der Betrieb irgendwann so unökonomisch, dass das Kraftwerk abgeschaltet wird. Deshalb sehe ich elektrische Wärmepumpen und Fernwärmeauskopplung aus dem Kraftwerk auch äußerst kritisch, da sie die Wirtschaftlichkeit des Kohlekraftwerks erhöht und ein Abschalten unwahrscheinlicher machen. In dieser Hinsicht sollten wir auch auf die Stadtwerke und ihre Energieberatung ein wachsames Auge haben.

Wie verbinden sich aus Deiner Sicht Umwelt- und Klimaschutz mit einer innovativen kommunalen Wirtschaftspolitik?

Ich komme aus einem kleinen mittelständischen Familienbetrieb, einer Spezies, in der – absolut und im Verhältnis zum eingesetzten Kapital – sehr viele Menschen beschäftigt sind. Das Handwerk kann enorm von energetischen Sanierungen von Gebäuden profitieren und auch alle Solaranlagen werden von ortsansässigen Handwerkern auf dem Dach montiert. Inzwischen hat es ja sogar die örtliche CDU erkannt: Klimaschutz ist Wirtschaftsförderung. Oft fehlt es den Handwerkern und Architekten aber am nötigen Know-How, um die KundInnen optimal nach dem neuesten Stand der Technik beraten und bedienen zu können. Hier sehe ich Unterstützungsbedarf, vielleicht auch durch die neue Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur (KEKA). Auch kleinere Maschinen- und Anlagenbau-Firmen sind effektiv mit der Entwicklung und Herstellung energiesparender Verfahren und Produkte beschäftigt. Hier ein innovatives Umfeld zu schaffen, in dem Hand in Hand von Firmen z.B. mit dem KIT an energieeffizienten Verfahren, Maschinen und Geräten geforscht und diese produziert werden, stellt für mich eine wichtige Aufgabe kommunaler Wirtschaftspolitik dar.



Grüne Gemeinderätin Sabine Just-Höpfinger

In den nächsten Wochen wird der neue Doppelhaushalt vorgestellt und diskutiert werden. Welches sind finanzpolitisch aus GRÜNER Sicht die wichtigsten Prioritäten, um in/trotz der zu erwartende Wirtschaftskrise wesentliche kommunalpolitische Weichen stellen zu können?

Wir müssen uns immer vor Augen führen: Die Schulden, die wir jetzt machen, wird die nächste Generation zurückzahlen müssen. Gleichzeitig wird sie mit den enormen Folgekosten einer jetzt zu zögerlicher Klimapolitik zu kämpfen haben und die Auswirkungen des demografischen Wandels schultern müssen. Andererseits stecken wir mitten in einer massiven Wirtschaftskrise, in der Sparsamkeit zum jetzigen Zeitpunkt das Problem noch verschärfen würde.

Wir müssen daher jetzt in Bereiche investieren, die es der kommenden Generation leichter machen, mit den geschilderten Problemen der Zukunft fertig zu werden. Wenn wir Vorhaben in Infrastruktur vorziehen, die ohnehin in den nächsten Jahren

anstehen, vergrößern wir den Schuldenberg nicht wesentlich. Wenn wir in energetische Sanierung von Gebäuden investieren, wirken wir gegen den Klimawandel und sparen zudem, Kosten für Energie. Investitionen in Bildungseinrichtungen macht die Kinder „fit für die Zukunft“. Bei alledem dürfen wir nicht vergessen, dass sich spätestens dann, wenn das Konjunkturprogramm verespert ist und es ans Zurückzahlen der Schulden geht, die sozialen Probleme verschärfen werden. Wir dürfen die Menschen und ihre Nöten niemals aus den Augen verlieren.

Was sind deine Schwerpunkte in den Aufsichtsräten, in denen du Mitglied bist?

Schwer, das kurz zu beantworten, denn ich habe von Klaus Stapf so unterschiedliche Aufsichtsräten wie die der Karlsruher Messe und der Karlsruher Versorgungs-, Verkehrs- und Hafen-GmbH „geerbt“.

Grundsätzlich sind Aufsichtsräte verpflichtet, zum Wohle der Gesellschaft zu entscheiden – was immer das im Einzelnen heißen mag. Ich versuche in den Aufsichtsräten, das ökonomisch Sinnvolle mit dem Wohl für die Stadt und ihre Bürger, sowie für die MitarbeiterInnen zu verbinden und, wo immer es geht, mein Schwerpunktthema „Klimaschutz“ einzubringen.



AUS DER LANDTAGSFRAKTION

Konjunkturprogramm, Haushaltsberatungen und Fraktionsklausur



Die letzten Wochen des Jahres 2008 waren im Landtag geprägt von der Finanzkrise und deren Auswirkungen. Ebenso wie die Bundesregierung hat auch die Landesregierung ein - allerdings viel kleineres - Konjunkturprogramm auf den Weg gebracht. Gleichzeitig mussten sich die Fraktionen mit den

„normalen“ Haushaltsplanungen auseinandersetzen. Der Haushaltsplan-Entwurf für 2009 war hierzu von der Regierung Anfang Dezember eingebracht worden. Die Beratungen im Finanzausschuss finden in der 2. Januarhälfte statt und die Verabschiedung soll im Februar erfolgen. Entsprechend waren die GRÜNEN Haushaltsanträge Schwerpunktthema bei der diesjährigen Winterklausur der Landtagsfraktion, die diesmal vom 13. bis 15. Januar in Konstanz am Bodensee stattfand.

Einige GRÜNE Pressemitteilungen zu Konjunkturprogramm und Haushalt:

Kretschmann am 8.12. zum Konjunkturprogramm: www.bawue.-

gruene-fraktion.de/cms/default/dok/261/261293.gruene_strukturprogrammestatt_konjunkt.html

Gisela am 05.01. zu fehlender Nachhaltigkeit im Landeshaushalt: www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/263/263927.gisela_splett_gruene_haushaltsplanung_fe.html

Gisela am 12.01. zu falschen Schwerpunkten im Konjunkturprogramm: www.gisela-splett.de/Presse-Wildwege4.htm

Kretschmann am 14.01. zu Mittelbedarf für Klimaschutz: www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/265/265656.land_soll_vor_reiter_im_klimaschutz_werde.html

Bildungspolitischer Rückblick auf 2008

Wir können auf ein sehr turbulentes Jahr im Bereich der (baden-württembergischen) Bildungspolitik zurückblicken.

So hat im Jahr 2008 die Landesregierung eine Bildungsoffensive nach der nächsten in immer kürzeren Abständen angekündigt: Zum Gymnasium, zur Absenkung des Klassenteilers und zur Weiterentwicklung der Hauptschule. Auch die neuen Ergebnisse des PISA-Ländervergleichs der 15-Jährigen, die IGLU-Grundschulstudie und der TIMSS-Grundschulvergleich haben uns beschäftigt.

Trotz der Versuche der Landesregierung, auf diese Art die wachsenden Probleme zu lösen, werden wir auch zu Beginn des Neuen Jahres mit der Krise des Schulsystems konfrontiert bleiben.

Dennoch können wir im Schulbereich auch mit Optimismus in die Zukunft blicken. Wir erleben großes Engagement von neuen Elterninitiativen, das Entstehen von Bündnissen für eine bessere Bildungspolitik sowie wachsenden Druck, endlich an den Ursachen der Bildungsmisere anzusetzen.

Unter Renates Federführung wurden von der Grünen Landtagsfraktion in diesem Jahr vielfältige bildungspolitische Initiativen in den Landtag eingebracht, darunter ein Konzept zur Entlastung und besseren Förderung von Schülerinnen und Schülern im Gymnasium, der Gesetzesentwurf zur Basisschule sowie ein Bündel von Forderungen zur Verbesserung der Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg.

Auch 2009 wird es wieder mit viel Einsatz darum gehen, die Bildungspolitik in Baden-Württemberg nachhaltig zu verbessern.

Finanzielle Unterstützung des Landes für den Landesverband der Schulfördervereine Baden-Württemberg

Der Landesverband der Schulfördervereine Baden-Württemberg wurde am 14. November 2003 gegründet, hat heute fast 500 Mitglieder mit wachsender Tendenz und übt eine unverzichtbare Service-, Beratungs- und Unterstützungsfunktion für die Schulfördervereine im Land aus.

Für eine dringend notwendige Stärkung der Erziehungspartnerschaft von Elternhaus und Schule, für die Unterstützung der pädagogischen Arbeit der Schule und die Ausge-

staltung der Ganztagschule sowie häufig auch die gesamte Organisation und Ausgabe des Schulmittagessens sind die ehrenamtlich tätigen Schulfördervereine an den Schulen unverzichtbar. Der Landesverband der Schulfördervereine gibt dazu die notwendige Beratung, einschließlich der rechtlichen Beratung und führt Seminare und Vorortgespräche durch. Mit einem Antrag wurde an die Landesregierung appelliert, dem Landesverband die dafür notwendige finanzielle Unterstützung zu gewähren und die

erforderlichen Mittel in den Haushalt für das Jahr 2009 einzustellen.

Antrag: www.landtag-bw.de/wp14/-drucksachen/3000/14_3590_d.pdf

Pressemitteilung von Renate Rastätter vom 21.11.08: Unschätzbare Serviceleistung sollte dem Land einen Zuschuss an den Landesverband wert sein: www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/258/258923.renate_rastatter_unschaetzbare_servicel.html

Abbau des Beförderungstaus und neue Besoldungsstruktur für Fachlehrkräfte und Technische Lehrkräfte

In Baden-Württemberg gibt es derzeit 4721 Fachlehrerinnen und Fachlehrer. Sie unterrichten zum einen an den Grund-, Haupt- und Realschulen und an den Gymnasien als musisch-technische Lehrerinnen und Lehrer und zum anderen als Fachlehrerinnen und Fachlehrer für Körperbehinderte und Geistigbehinderte an den Sonderschulen.

In beiden Laufbahngruppen gibt es seit vielen Jahren einen erheblichen Beförderungstau. Dieser wiegt umso schwerer, als die Besoldung der Fachlehrkräfte und der Technischen Lehrkräfte weit unter der der wissenschaftlichen Lehrkräfte liegt, obwohl an beide Gruppen gleichwertige Tätigkeitsanforderungen in der schulischen Praxis gestellt werden.

Deshalb ist es kurzfristig die wichtigste Maßnahme, diesen Beförderungstau abzubauen und die dafür notwendigen Mittel in den Haushalt für 2009 einzustellen.

Antrag: www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/3000/14_3624_D.PDF

U-Strab wird „Fass ohne Boden“

„Nutzen“-Kosten-Verhältnis bei Kombilösung wird immer kleiner

Die neuen Berechnungen zu den Kosten der Kombilösung zeigen nach Giselas Ansicht, was uns schon lange klar war: „Die Kombilösung ist ein finanzielles Abenteuer“. Gleichzeitig mit der Zuschusszusage des Bundes liegen nun die neuen Kostenberechnungen vor. Für den Eigenanteil der Stadt bedeuten sie eine Kostensteigerung von 70% auf jetzt über 170 Millionen Euro. Rechnerisch kommen damit mehr als stattliche 600 Euro auf jeden Karlsruher bzw. jede Karlsruherin - und das ist sicher-

lich noch nicht das Ende der Fahnenstange.

Der Nutzen-Kosten-Faktor lag schon mit der ursprünglichen Kostenberechnung mit 1,19 nur knapp über 1. Mit der aktuell verkündeten Kostensteigerung liegt er nur noch minimal über der magischen Grenze von 1,00. Spätestens bei der nächsten Kostensteigerung werden die Kosten über dem errechneten Nutzen liegen - ein klares Ausschlusskriterium für die Förderfähigkeit des Vorhabens.

Die neue Lage erfordert neue Antworten. Gisela hat deshalb die aktuellen Fragen um die Kombilösung in Antragsform gegossen.

Antrag: www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_3823.html

Pressemitteilung vom 11.12.08 zur Kombilösung: „Kein guter Tag für Karlsruhe“: www.gisela-splett.de/Presse-U-Strab7.htm



Protest gegen Nordtangente

Auch in der vorweihnachtlichen Zeit blieb die Bedrohung der Natur durch die Nordtangenteplanung aktuell. Nachdem vor einigen Monaten das Linienbestimmungsverfahren abgeschlossen wurde, lud das Aktions-

bündnis gegen die Nordtangente zum „Glühwein – noch ohne Lärm und Gestank“ ein.

Presse: www.nordtangente-karlsruhe.de/PM_081129.pdf

Das hehre Ziel der Senkung des Flächenverbrauchs und die Gewerbegebiete auf der grünen Wiese

Was haben das geplante EDEKA-Fleischwerk, ein geplantes Interkommunales Gewerbegebiet bei Bad Wurzach - Zwings und eine Gewerbegebietsplanung zwischen Kluftern-Süd und Immenstaad am Bodensee gemeinsam? Überall geht es um das Thema Flächenverbrauch und die Planung großer Gewerbegebiete in bisher unverbrauchter Landschaft.

Gisela hatte im November auf Einladung der GRÜNEN vor Ort zwei geplante Gewerbegebietsflächen im Landkreis Ravensburg besichtigt und hat die dabei aufgeworfenen Fragen in einen Landtagsantrag gepackt. Zur

allgemeinen Problematik kommt hier noch die Frage der Rechtmäßigkeit der Grundstücksankäufe durch die Kommune vor Einleitung des bauleitplanerischen Verfahrens hinzu. Ebenso durch GRÜNE vor Ort wurden wir auf höchst umstrittene Planungen bei Immenstaad am Bodensee aufmerksam gemacht.

In Sachen Edeka-Fleischwerk bei Rheinstetten steht immer noch die Behandlung im Petitionsausschuss aus (der aber erst im März wieder tagt). Die „Erkenntnisse“ aus der Beratung im Finanzausschuss im November, wonach es zu diesem Zeit-



Gisela zusammen mit dem Aktionsbündnis gegen die Nordtangente und gegen die zweite Rheinbrücke.

punkt noch nicht mal eine gutachterliche Bewertung des landeseigenen Grundstücks gab, hat Gisela in einer Pressemitteilung verarbeitet.

Antrag Flächenverbrauch und Gewerbegebiete vom 25.11.08: www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_3657.html

Pressemitteilung vom 11.12.08: Edeka-Fleischwerk: noch immer keine Angaben vom Land zum Verkaufspreis:

www.gisela-splett.de/Presse-Fleisch4.htm

Gäste aus Brasilien zu Besuch im Landtag



Gisela Splett freute sich, eine Delegation des Poema-Projekts (Poema übersetzt: Armut und Umwelt in Amazonien, www.poema-deutschland.de) und ihrer Projektpartner aus dem brasilianischen Amazonasgebiet im Landtag empfangen zu können. Die Gruppe aus Brasilien berichtete wäh-

rend des zweistündigen Gesprächs, an dem auch der Sprecher der LAG Internationales, Walter Schwenniger, teilnahm, über Erfolge und Probleme ihrer Arbeit bei der Trinkwasserbereitung, beim Aufbau einer solar-gestützten Energieversorgung, einer Gesundheitsgrundversorgung, sowie bei der Armutsbekämpfung. Ziel des Deutschlandbesuchs der drei BrasilianerInnen war der Austausch mit den deutschen UnterstützerInnen, die die Projekte in der Region überhaupt erst möglich machen. Gisela Splett betonte, wie wichtig die Suche nach nachhaltigen Entwicklungsmodellen für den Schutz des Regenwaldes und die Bevölkerung in Amazonien ist. Vereinbart wurde, dass Poema e.V. und die Grünen auch künftig im Austausch bleiben, um sich gegen die Zerstörung des Regenwaldes und für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Amazonien zu engagieren.

Weitere Initiativen

14.01.09 Antrag „Auch im Klimawandel auf einheimische Baumarten setzen“

www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/initiativen.asp?Drs=14_3852

08.01.09 Antrag Ökologische Vorbildfunktion des Landes auf landeseigenen Flächen

www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_3838.html

09.12.08 Antrag Mittel für Hausaufgabenbetreuung und Poolstunden für Realschulen

www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_3734.html

02.12.08 Antrag Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_3695.html

13.01.09 Anfrage Besoldungsdienstalter

www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_3846.html

Weitere Pressemitteilungen

12.01.09 MdL Renate Rastätter und MdL Gisela Splett: „Direktwahl für den künftigen Beirat für Migration beibehalten“

www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM_Wahl_des_Auslaenderbeirats_Rastaetter_Splett_0109.pdf

12.01.09 MdL Rastätter und MdL Splett zur Hauptschulentwicklung in Karlsruhe: Keine Besitzstandswahrung von Standorten

www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM_Karlsruher_Hauptschulstandorte_Rastaetter_Splett_0109.pdf

12.01.09 MdL Splett fordert: Bahnlärm muss bei Lärmaktionsplan berücksichtigt werden!

www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM_Laerm_12.01.09.pdf

16.12.08 Rastätter: Abenteuerliches Verwirrspiel – Sozialwissenschaftliche Gymnasien in Baden-Württemberg

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/262/262608.rastaetter_abenteuerliches_verwirrspiel.html

09.12.08 Grüne fordern kleine Klassen und Schulassistenten - Renate Rastätter: Ergebnis der IGLU-Studie für Baden-Württemberg unbefriedigend

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/261/261493.gruene_fordern_kleine_klassen_und_schula.html

26.11.08 Große Vernebelungstaktik statt klarer bildungspolitischer Zielsetzung

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/259/259590.grosse_vernebelungstaktik_statt_klarer_b.html

Hinweis:

Alle Drucksachen und Pressemitteilungen und auch die erwähnten Abgeordnetenbriefe können im Büro von Gisela Splett oder Renate Rastätter angefordert werden.

Telefon: 0711/ 2063-966 oder -680

AUS DEM BUNDESTAG



MdB Sylvia Kotting-Uhl

Wahlkreisbüro Karlsruhe, Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe
Mitarbeiterin: Ulrike Maier, Tel.: 0721 – 15 18 687, Fax: 0721 – 15 18 690
E-Mail: sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

Büro Berlin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 747 42, Telefax: 030 - 227 767 42
E-Mail: sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

Liebe Karlsruher Freundinnen und Freunde,

die Asse II liegt für uns Baden-WürttembergerInnen am anderen Ende der Republik und ist in ihrer Brisanz doch so nah. Sie ließ mich weder in meinen zwei Wochen Sommerferien noch in der Weihnachtspause in Ruhe. Ich rechne ständig mit neuen Hiobsbotschaften aus diesem unsäglichen faktischen Endlager - und sie kommen auch tatsächlich. Neueste Meldung: die erste Kammer, in die vor fast 40 Jahren Atommüll eingelagert wurde, ist vom Einsturz bedroht. Zur Erinnerung, worum es geht: Ein instabiles Grubengebäude in einem Salzstock, 125.000 eingelagerte Fässer mit schwach- und mittelaktivem Atommüll, ständiger Laugenzufluss von täglich 12.000 L,

das teilweise schon verstürzte Deckgebirge Grundwasser führend. Die einzige Chance hier zu Sicherheit für die Bevölkerung zu kommen: das Zeug muss raus! Die offene Frage: reicht die Zeit in der man in dem Grubengebäude überhaupt noch agieren kann. Seit 1.1.09 ist das BfS (Bundesamt für Strahlenschutz) endlich zuständig – bis dahin war es die Forschungsgesellschaft Helmholtz-Zentrum! – und prüft nun die Machbarkeit einer Rückholung. Die nun einsturzgefährdete Kammer 4 ist Wasser auf die Mühlen derjenigen, die schon immer die Asse "sicher" verschließen und vergessen können wollen. Frei nach dem Motto des KALand-Abgeordneten Axel Fischer in der ersten von mir 2007 zur Asse initiierten Plenar-Debatte: "Klappe zu,

Affe tot". Atomkraft-Befürworter wollen die Asse und den unendlichen Skandal darum aus dem Blick und aus der Welt schaffen. Warum? Weil sie ein lebendes Mahnmal gegen die sogenannte friedliche Nutzung der Atomkraft ist. Weil sie wie Morsleben, wie die WAK-Atomsuppe in Karlsruhe klar macht, dass nicht nur die Nutzung der Atomkraft selbst, sondern vor allem auch ihre Hinterlassenschaft von uns Menschen nicht beherrschbar und damit unverantwortlich ist.

Eure

14.01.2009

Asse II: Einsturzgefährdete Kammer sichern, ohne Rückholung des Atommülls unmöglich zu machen

Zur einsturzgefährdeten Kammer 4 des umstrittenen Atommülllagers Asse II erklärte ich:

Es ist jetzt wichtig, besonnen vorzugehen und bei den notwendigen Stabilisierungsmaßnahmen keine Fakten zu schaffen, die eine spätere Rückholung des Atommülls verhindern. Das Bundesamt für Strahlenschutz muss nun bei

Kammer 4 so schnell wie möglich alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um jegliche Gefahr für die Anwohner auszuschließen.

Die jetzt aufgetauchten Stabilitätsprobleme bei Kammer 4 sind das neueste Glied in einer langen Reihe von Hiobsbotschaften, die immer wieder eines bestätigen: Die Asse ist eine tickende Zeitbombe.

Nicht nur Kammer 4 ist von mikroseismischen Aktivitäten betroffen, sondern bereits seit geraumer Zeit die Asse allgemein. Für mich stellt sich daher auch die Frage, mit welcher Sorgfalt der ehemalige Betreiber die Stabilität der Asse eigentlich gemessen hat. Auch diese Frage unterstreicht die Forderung nach einem Untersuchungsausschuss noch einmal.

22.12.2008

Gesetzentwurf zur Asse legalisiert Rechtsbrüche

Zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Atomgesetzes erklärte ich gemeinsam mit Stefan Wenzel, dem Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Landtag von Niedersachsen:

Der Gesetzentwurf legalisiert nachträglich die Einlagerung von Atommüll in der Asse, obwohl nie ein Planfeststellungsverfahren stattgefunden hat.

Der Eindruck, es sei alles auf einem guten Wege, den Umweltminister

Gabriel zu vermitteln versucht hat, passt nicht mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Atomgesetzes (AtG) zusammen. Für die Anwendung von Atomrecht bei der Schachanlage Asse ist eine Gesetzesänderung nicht zwingend erforderlich. Die Gesetzes-

grundlage ist mit den Paragraphen 9a und 9b AtG vorhanden. Sie muss lediglich angewendet werden.

In dem Gesetzentwurf zur Änderung des Atomgesetzes soll jetzt festgelegt werden, dass für den Weiterbetrieb der Anlage keine Planfeststellung erforderlich ist. Damit wird ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen. Die

Asse wäre in einem normalen öffentlich-rechtlichen Verfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung und Prüfung der Langzeitsicherheit nie genehmigt worden. Jetzt kommt die Genehmigung durch die Hintertür und gleichzeitig wird mit der Formulierung "Stilllegung" ein neuer Rechtsbegriff eingeführt, der vermuten lässt, dass

die Option der Rückholung aller radioaktiven Abfälle gar nicht mehr ernsthaft geprüft werden soll.

Gabriel muss in jedem Fall den Satz des Gesetzentwurfs streichen, der den Weiterbetrieb der Asse ohne Planfeststellung erlaubt (§ 57b (1) Satz 3 neu AtG).

17.12.2008

Grüne initiieren Antrag auf Bundestags-Untersuchungsausschuss zu Atomlager Asse II

Anlässlich des Starts unserer parlamentarischen Initiative für einen Bundestags-Untersuchungsausschuss zu den Vorgängen um das Atomlager Asse II erklärten Bärbel Höhn, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und ich:

Wir brauchen zu den unglaublichen Vorgängen um das vom Absaufen bedrohte Atomlager Asse II einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Die Regierung hat in der Sonderausschusssitzung im September, in zahlreichen aktuellen Fragestunden des Bundestags und bei der

Beantwortung von schriftlichen Fragen die Aufklärungsversuche in nicht hinzunehmender Weise ins Leere laufen lassen. Etliche Anfragen auf Akteneinsicht wurden abgelehnt. Wenn die Regierung die konstruktive Zusammenarbeit mit den Parlamentarierinnen und Parlamentariern in derart penetranter und eklatanter Weise verweigert, dann will sie etwas vertuschen.

Es darf nicht sein, dass die skandalösen Vorgänge um Asse II im Sande verlaufen. Die dort begangenen Rechtsverletzungen müssen geahn-

det werden. Die von einer beträchtlichen Gefährdung ihrer Gesundheit betroffenen AnwohnerInnen des Atommülllagers haben ein Anrecht auf Information und Schutz. Jahrelang wurden sie über den Sicherheitszustand falsch informiert. Angesichts der inzwischen bekannt gewordenen Rechtsverstöße kann Vertrauen erst wieder entstehen, wenn die Verantwortlichkeiten schonungslos aufgezeigt und Konsequenzen gezogen werden.

Vollständige Presseerklärung dazu unter www.kotting-uhl.de

8.12.2008

Kombilösung: Wirtschaftlichkeit des Projektes durch Kostenexplosion fraglich

Die Kombilösung beschäftigt die KarlsruherInnen seit Jahren. Die Übergabe des Planfeststellungsbeschlusses durch das Regierungspräsidium und die Bekanntgabe der Kostenexplosion kommentierten Gisela Splett und ich wie folgt:

Nach Aussage von OB Fenrich ist die Kostenübernahme durch Bund und Land in Höhe von 80% auch bei weiteren Kostensteigerungen für das Großprojekt Untertunnelung der Kaiser- und Kriegsstraße (Kombilösung) ein Fakt und zuverlässig gesichert. Aus meiner Anfrage an die Bundesregierung vom 12. Dezember geht jedoch hervor, dass dem Bund zurzeit lediglich ein Finanzierungsantrag vorliegt, der eine Kostenübernahme von 282 Mio. Euro vorsieht. Weitere Zuschüsse seien zwar grundsätzlich möglich, so die Bundesregierung, jedoch nur, wenn Land und Stadt die Komplementärfinanzierung in Höhe von insgesamt 40% garan-

tieren. Eine verbindliche Zusage von Seiten der Landesregierung für eine „mitwachsende“ Bezuschussung steht meines Wissens noch aus. Sie würde es der Stadt ersparen, das Risiko einer Blankozusage für die Finanzierung weiterer Kostenexplosionen einzugehen.

Eine erneute Anpassung der Zuschüsse des Bundes an die aktuelle Situation ist jedoch auch davon abhängig ob das ganze Projekt gemäß der Förderkriterien des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) noch wirtschaftlich ist und ob Kosten und Nutzen in einem vertretbaren Verhältnis zueinander stehen. Zuschüsse werden ohnehin nur für die förderwürdigen Kosten gewährt – wer den Löwenanteil der bisher über 80 Mio. „förderungswürdigen“ Kosten trägt, geht aus den Jubelmeldungen zum Planfeststellungsbeschluss nicht hervor.

Dass die Kaiserstraße langfristig vom derzeitigen Schienenverkehr entlastet werden sollte, steht außer Frage. Doch angesichts einer solchen Kostenexplosion noch vor Baubeginn, wäre es vernünftig, alternative Möglichkeiten erneut zu prüfen.

Die Karlsruher Landtagsabgeordnete Gisela Splett und umweltpolitische Sprecherin der GRÜNEN im Landtag, ergänzt:

„In den Meldungen der letzten Tage vermisste ich Aussagen zur Höhe des Nutzen-Kosten-Faktors. Dieser lag schon mit der ursprünglichen Kostenberechnung mit 1,19 nur knapp über 1. Mit der aktuell verkündeten Kostensteigerung hat sich dieser Faktor ganz erheblich verschlechtert und liegt jetzt nur noch minimal über der magischen Grenze von 1,00. Spätestens bei der nächsten Kostensteigerung werden die Kosten über dem errechneten Nutzen liegen – ein klares

Ausschlusskriterium für die Förderfähigkeit des Vorhabens.“

Meine Anfrage zur Kombilösung und die Antwort der Bundesregierung ist auf www.kotting-uhl.de zu finden.

18.12.2008

Glos und Aigner gefährden Einhaltung der EU-Feinstaubgrenzwerte

Zur anhaltenden Blockade der Novellierung der Kleinf Feuerungsanlagenverordnung erklärten Cornelia Behm, Sprecherin für Agrar- und Waldpolitik, und ich:

Die CSU-Minister Michael Glos und Ilse Aigner blockieren schärfere Grenzwerte für Feinstaub aus häuslichen Heizungen. Damit droht dieses Umweltschutzvorhaben zu scheitern, obwohl das Bundesumweltministeri-

um schon letztes Jahr einen neuen Entwurf zur 1. Bundes-Immissionschutz-Verordnung (BImSchV) vorgelegt hat.

Durch die Blockadehaltung trägt die CSU die Verantwortung dafür, dass viele Städte auch künftig die EU-Feinstaubgrenzwerte in der Luft nicht einhalten können. Denn in den Verdichtungsräumen der Städte tragen die häuslichen Heizungen so-

gar zu einer höheren Feinstaubbelastung der Luft als der Autoverkehr bei. Nur bei Fahrverboten für alte Autos anzusetzen und die geltenden Grenzwerte von 1988 für die Verbrennung fester Brennstoffe wie Holz außer Acht zu lassen, ist widersinnig.

Vollständige Presseerklärung dazu unter www.kotting-uhl.de.

16.12.2008

Regierung lässt Umweltgesetzbuch scheitern

Die Nichtbehandlung des Tagesordnungspunktes Umweltgesetzbuch in der Kabinettsitzung am 17. Dezember kommentierten Fritz Kuhn und ich wie folgt:

Alles deutet darauf hin, dass die Bundesregierung ihr Projekt Umweltgesetzbuch (UGB) scheitern lässt.

Heute wurde bekannt, dass die eigentlich vorgesehene Verabschiedung eines UGB-Kabinettsentwurfs in der morgigen Kabinettsitzung erneut von der Tagesordnung genommen wurde. Angesichts der notwendigen Abstimmung mit dem Bundesrat ist nun das Zeitfenster für die Verab-

schiedung eines einheitlichen Umweltgesetzbuchs so eng geworden, dass ein geordnetes Verfahren zu dessen Realisierung kaum mehr möglich ist.

Vollständige Pressemitteilung dazu unter www.kotting-uhl.de.

28.11.2008

Chemikalienverordnung REACH muss Schutz vor gesundheitsschädlichen Stoffen beschleunigen

Anlässlich des Endes der Vorregistrierungszeit für Chemikalien im Rahmen der europäischen Chemikalienverordnung REACH am 1. Dez. 2008 erklärte ich:

Die hohe Zahl der Vorregistrierungen bei der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) zeigt, dass weitaus mehr Altchemikalien im Umlauf sind, als bisher vermutet wurde. Umso schwieriger wird die Überprüfung der einzelnen Stoffdaten mit der notwendigen Sorgfalt ohne dass es zu weiteren Verzögerungen bei der Registrierung und Bewertung der Chemikalien kommt. Die Anmeldeflut deutet leider auch darauf hin, dass Unternehmen der Chemieindustrie gezielt Lücken in der Chemikalienverordnung ausnützen, weil vorregistrierte Stoffe

und daraus hergestellte Produkte zunächst weiter ohne Kennzeichnungsverpflichtung verkauft werden dürfen.

Die Zeit, in der Produkte auf den Markt gebracht werden, ohne dass über darin enthaltene problematische Chemikalien informiert wird, muss möglichst schnell zu Ende gehen. Bisher hat die Chemikalienagentur 10 Prozent der von ihr bewerteten Stoffe als so gefährlich eingestuft, dass Produkte, in denen sie enthalten sind, gekennzeichnet werden müssen. Die Fristen von REACH sind leider nicht geeignet, die Bürger vor den sogenannten SVHC, den besonders besorgniserregenden Stoffen zu schützen. Damit wird REACH in seiner bisherigen Anwendung dem Anliegen, die Transparenz für Ver-

braucherinnen und Verbraucher zu verbessern, nicht gerecht.

Ich fordere die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass deutsche Unternehmen und Importeure die langen Fristen nicht dazu nutzen können, krebserregende und erbgutverändernde Produkte noch länger im Markt zu halten. Die Bundesregierung muss sich auf europäischer Ebene dafür stark machen, dass die sogenannte SIN-Liste des Internationalen Chemikaliensekretariats, in der 270 besonders besorgniserregende Stoffe bereits identifiziert sind, in die Kandidatenliste des REACH-Anhangs XIV aufgenommen wird. Nur dann werden schnellstmöglich weniger gefährliche Alternativen zu diesen Stoffen entwickelt.

28.11.2008

CDU-Parteitag: Atom- und Industrie-Lobbyismus bleibt auch mit Greenwash schwarz

Anlässlich des Parteitags der CDU in Stuttgart am ersten Dezember veröffentlichte ich die PM:

Die CDU möchte gerne den Eindruck erwecken, als bewege sie sich bei Umwelt- und Klimaschutz auf der Höhe der Zeit. In Wirklichkeit bestimmt weiter der Wirtschaftsflügel der Union die Umweltpolitik und das sieht man dieser auch an. Auch das neue Grundsatzpapier zu Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz, das auf dem Parteitag abgestimmt werden soll, ordnet die Ökologie kurz-sichtigen und kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen unter.

Am deutlichsten wird das bei der Atomenergie. Die Konstante in dieser Frage ist der Lobbyismus für die Atomwirtschaft, die Variable ist, wie man diesen verkauft. Um die Verlängerung der Laufzeiten der Uralt-AKW's zu ermöglichen, sollen die Betreiber jetzt eben einen Ablass zahlen: die Konzerne sollen einen Teil der entstehenden Extraprofite in den Ausbau Erneuerbarer Energien stecken. Dabei ist die schiere Existenz der Atomkraftwerke das schlimmste Hemmnis für die Entwicklung einer umweltverträglichen Energiewirtschaft. Da die CDU ihren Atomlobbyismus unter dem Titel „Bewahrung der Schöpfung“ präsentiert, bietet es sich an, hierzu die Fachleute für Schöpfungsfragen vom ZK der Katholiken zu hören, die vor einer Woche beschlossen haben: „Angesichts der Sicherheitsbedenken, der ungelösten Problematik der Endlagerung und der Gefahr der Verbreitung von Atomwaffen stelle die Kernenergie jedoch

keine verantwortungsvolle Möglichkeit dar, die Probleme des Klimawandels zu lösen“.

Programmatisch soll die CDU nach dem Willen des Vorstands also die Partei des „Weiter so“ bleiben. Das passt dann immerhin zur Regierungspolitik, die sich längst über ihre früheren Umweltbekenntnisse hinwegsetzt. Angesichts der unterentwickelten Diskussionskultur der Christdemokraten ist leider nicht zu erwarten, dass die Delegierten des Parteitags dem noch einen Riegel schieben werden.

Vollständige Presseerklärung unter www.kotting-uhl.de.

Im Dezember und Januar habe ich Anträge eingebracht, u.a. zur neuen

Situation für die Finanzierung des Verkehrsprojektes "Kombi-Lösung Karlsruhe", zur Entwicklung einer Förderstrategie für grüne Elektromobilität, zur Aufnahme einer Umweltberichterstattung in die Gemeinschaftsdiagnose und Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, zur Unterstützung von Mehrwegsystemen durch Lenkungsabgaben auf Einwegverpackungen u.v.m.

Diese und weitere aktuelle Anfragen, sowie Eindrücke von meiner Delegationsreise nach Indien finden sich auf meiner Homepage. Bitte beachtet den untenstehenden Hinweis auf die Abgeordnetenfahrt im März.



Mitten in Indien wächst jetzt ein rot-grünes Bäumchen, gepflanzt von Dirk Becker (SPD) und Sylvia Kotting-Uhl.

Besucherfahrt nach Berlin Ende März

vom 25.3.-28.3.09 findet wieder eine Abgeordnetenfahrt nach Berlin statt. das Programm ist kurz vor Redaktionsschluss im Wahlkreisbüro eingetroffen und wir werden u.a. das Umweltministerium, das Stasigefängnis in Hohen-schönhausen sowie Schloss Cäcilienhof, die Gedenkstätte des Potsdamer Abkommens, besichtigen. Außerdem – und das ist die einzige Gelegenheit in diesem Jahr – werden wir an einer richtigen Plenardebatte teilnehmen können. Rundherum gibt es politische Stadtrundfahrten und weitere Besichtigungen und für das leibliche Wohl wird auch wieder bestens gesorgt sein. Bitte gebt diesen Termin auch an Leute weiter, für die es interessant sein könnte.

Anmeldungen bitte an das Wahlkreisbüro, Ulrike Maier (0721 15 18 687) oder per Email an Sylvia (sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de)

GRÜNE KONTAKTE

BUNDESTAGSABGEORDNETE

MdB Sylvia Kotting-Uhl (siehe Bundestags-Seiten)

LANDTAGSABGEORDNETE

Renate Rastätter

Auf den Eiswiesen 9, 76185 KA, Tel. 4709343
Renate.rastaetter@gruene.landtag-bw.de
Mitarbeiterin: **Melanie Köhler**, 0711/2063680, Mo–Mi 9–17h

Dr. Gisela Splett

Breslauer Str. 43D, 76139 KA, Tel. 96 87 18 6
Gisela.Splett@gruene.landtag-bw.de
Mitarbeiter: **Alexander Geiger**, Tel. 0711/2063966, Mo–Mi 9–16h

Landesarbeitsgemeinschaften

www.gruene-bw.de/partei/landesarbeitsgemeinschaften.html

REGIONALVERBAND MITTL. OBERRHEIN

Bettina Lisbach, Amthausstr. 33, 76227 KA, Tel. 941 84 57

Bürgermeister für Umwelt, Klima und Gesundheit

Klaus Stapf, Amthausstr. 22, 76227 KA, Tel. 40 32 35
Rathaus, 76124 KA, Tel. 133-1050, dez5@karlsruhe.de

BÜRO DER GEMEINDERATSFRAKTION

Karin Wolff, Gabi Schiller

Hebelstr. 13, 76133 KA, Tel. 2 91 55, Fax 2 9156
Mo–Fr 9–14 Uhr, gruene@fraktion.karlsruhe.de

GEMEINDERATSMITGLIEDER

Bettina Lisbach, *Fraktionssprecherin* (Umwelt, Planung, Finanzen / Verwaltung, Natur- und Tierschutz, MigrantInnen)
Amthausstr. 33, 76227 Karlsruhe, Tel. 9 41 84 57

Anne Segor, *stellv. Fraktionssprecherin* (Stadtentw., Kultur, Demokratie/Bürgerbeteiligung, Schule)
Lebrechtstr. 28, 76199 Karlsruhe, Tel. 88 34 20

Michael Borner (Soziales, Wohnen, Jugend, MigrantInnen)
Braucherstr. 45, 76137 KA, Tel. 01 76–67 50 30 15

Sabine Just-Höpfinger (Wirtschaft / Arbeit, Finanzen / Verwaltung, Umweltschutz),
Am Sixenrain 7, 76199, Tel. 886044

Dr. Dorothea Polle-Holl

(Frauen, Jugend, Soziales, Schule)
Willi-Egler-Str. 14, 76189 Karlsruhe, Tel. 57 41 48

Andreas Ruthardt (Bauen, Sport, Energie)
Friedrichstr. 67, 76229 KA, Tel. 48 20 38

Ute Schulze-Harzer (Kultur, Wirtschaft / Arbeit, Frauen)
Westmarkstr. 59a, 76227 Karlsruhe, Tel. 9 44 02 13

Tim Wirth (Bauen, Verkehr, Gesundheit)
Sophienstr. 158, 76135 Karlsruhe, Tel. 82 65 70

ORTSCHAFTSRAT DURLACH

Winnie Kratzmeier-Fürst

Badenerstr. 43B, 76227 Karlsruhe, Tel. 40 68 38

Ralf Köster, Säckinger Str. 10, 76227 KA, Tel. 49 49 89

Dietmar Maier Im Blumenwinkel 56, 76227, Tel. 94 14 96 1

Dr. Heike Puzicha-Martz, Hildebrandstr. 31a, Tel. 49 43 98

Gerhard Stolz Eckhardstr. 21, 76227, Tel. 49 4323

ORTSCHAFTSRAT GRÖTZINGEN

Karl Berger, Durlacher Str. 62, 76229 KA · Tel. 48 17 20

Birgit Hauswirth-Metzger, Im Jäger 19, 76229, Tel. 55 41 24

Alexandra Knöbl, Im Brühl 7, 76229 KA, Tel. 48 30 54

ORTSCHAFTSRAT NEUREUT

Klaus Junker, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

Bei Unzustellbarkeit Anschriftenberichtigungskarte an:
GRÜNE, Sophienstr. 58, 76133 Karlsruhe

Deutsche Post 
INFOPOST

GRÜNES BÜRO - REGIONALBÜRO Mittl. OBERRHEIN Ursula Häffner

Sophienstr. 58, 76133 KA, Tel. 20 31 23 2, Fax 20 31 234
buero.karlsruhe@gruene.de www.gruene-karlsruhe.de
Sprechzeiten Mo + Fr 9 - 12 Uhr und Mi 15 - 18 Uhr

BANKVERBINDUNG

GRÜNE Karlsruhe, Konto 80 33 44 13 00, BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank eG

KREISVORSTAND

Sitzung (fast) jeden Mittwoch um 19 Uhr im Grünen Büro

Uta van Hoffs, gruene@utavanhoffs.de

Tanja Kluth, Reichenbachstr. 12, 76227 Karlsruhe, Tel. 0170–1 61 84 35

Istvan Pinter, Rastatter Str. 16, 76199 KA, Tel. 88 79 34

Jörg Rupp, Albert-Schweitzer-Str. 17, 76316 Malsch,
joergrupp@joergrupp.de

Christian Schmid-Schönbein, Sophienstr. 165, 76185 KA,
Tel. 84 08 64 72

Anke Weidlich (KassiererIn), Südendstr. 30, 76137 KA, Tel. 1 74 73 30, mobil: 0176-20 43 34 49

ARBEITSKREISE

AK Frauen: Dorothea Polle-Holl, Tel. 57 41 48

AK Klima: Mitja Weinert, (01 51) 10 77 60 17,
Mitja.Weinert@gmx.de

AK Lesben und Schwule: Michael Gast, Tel. 9 37 40 43

AK Verkehr: Tim Wirth Tel. 82 65 70, Joh. Honné Tel. 85 64 36

GRÜNE JUGEND

sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de

Anna-Kathrin Wesolowski, 76199, Adalbert-Stifter-Str. 2

Alexander Salomon, 76139, Gondelsheimer Str. 1

ORTSVEREIN Durlach

Dr. Hildegund Brandenburg, Badenerstr. 21, 76227 KA, Tel. 42 89 8

Martin Pötzsche, Alte Weingartener Str.5, 76227 KA, Tel. 49 16 52

Cordula Sailer, Wilhelm Mössingerstr. 1, 76229 KA, Tel. 70 93 86

Gerhard Stolz (Kasse) Eckhardstr. 21, 76227, Tel. 49 4323

ORTSVEREIN Neureut

Klaus Junker, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

ORTSVEREIN Rüppurr · Weiherfeld · Dammerstock

Matthias Voigt, Seewiesenäckerw. 57, 76199, Tel. 9890361

Uschi Blombach, Seewiesenäckerw. 31, 76199, Tel. 8302281

Eva-Elisabeth Herold, Am Rüppurrer Schloß 5, 76199 KA,
Tel. 88 34 01

Herausgeber Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Karlsruhe-Stadt
Redaktion Fabian Wenzlau (GruenerRuBriKa@web.de)
Druck Doris Schmitt, Karlsruhe

Auflage: 260 Exemplare gedruckt, ca. 100 per Mail
Gedruckt auf Umweltpapier